

Kapitel 13 Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik

*Tobias Lindner*¹

Abstract: Der 24. Februar 2022 stellt einen tieferen Einschnitt in die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik dar als alles, was wir in den letzten 30 Jahren erlebt haben. Der folgende Artikel versucht einzuordnen, wie sich der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine auf die deutsche Sicherheitspolitik, Deutschlands Beziehungen zu Russland und unser Verhältnis zur Ukraine auswirkt.

Schlüsselwörter: Zeitenwende, deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, Russland-Politik, Ukraine-Politik

1. Was bedeutet die Zeitenwende sicherheitspolitisch?

Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine ist eine Zäsur für Sicherheit und Frieden in Europa. Russland hat die Ukraine damit auf brutale Weise in einen Kampf gezwungen, in dem es um nichts weniger als das Überleben der Ukraine als eigenständige Nation geht. Diese Zäsur wirkt sich auf Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik aus; der Bundeskanzler hat dafür den inzwischen international verwendeten Begriff der „Zeitenwende“ geprägt. In der unmittelbaren Reaktion auf den russischen Angriffskrieg bedeutet dies für Deutschland und seine Verbündeten, die Ukraine entschlossen und nachhaltig in ihrer Selbstverteidigung zu unterstützen.

Die Zeitenwende geht jedoch deutlich weiter und reicht über den Kontext des aktuellen Kriegs hinaus: Wir werden unser Verständnis von Sicherheit neu definieren und in neue Politik umsetzen müssen. Sicherheit muss heute breiter denn je definiert werden. Sie beinhaltet im Kern den Schutz vor Krieg und Gewalt. Sicherheit umfasst aber auch den Schutz

1 Das vorliegende Kapitel ist ein politischer Beitrag aus dem Auswärtigen Amt, verfasst von Staatsminister Dr. Tobias Lindner.

unserer Freiheit und unserer Demokratie. Als offene und weltweit vernetzte Gesellschaft werden wir in Deutschland immer häufiger Ziel von Angriffen auf unsere Werte, bspw. durch hybride Bedrohungen wie Desinformationskampagnen. Nicht zuletzt muss Sicherheit im Sinne des Erhalts unserer Lebensgrundlagen gedacht werden, denn die Auswirkungen der Klimakrise auf unsere Sicherheit sind bereits deutlich spürbar.

Unsere Sicherheitspolitik muss sich der Breite und Neuartigkeit der Herausforderungen systematisch anpassen. Sicherheit betrifft nicht mehr nur die Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Gerade die Auswirkungen des Angriffskriegs auf die Ukraine und die Folgen der Corona-Pandemie haben gezeigt, dass Gesundheitspolitik, Wirtschafts- und Energiepolitik wesentliche Felder unseres Handelns sein müssen. So können Lieferketten in der Industrie zu Achillesfersen unserer Wirtschaft werden und gewinnen so sicherheitspolitische Bedeutung. Die Sprengstoffanschläge auf die Gaspipelines in der Ostsee zeigen, wie schon manche Cyberangriffe zuvor, die Verletzlichkeit unserer Infrastruktur für Angriffe von außen. Die Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit erscheint immer schwieriger. Deshalb brauchen wir zukünftig einen integrierten Ansatz, der Gefahren zusammenhängend analysiert und Instrumente vieler Politikfelder besser zusammenbringt.

Ein solcher Neuansatz ist notwendig, um die Herausforderungen für unsere Sicherheit anzugehen. Russlands neo-imperiale Politik zielt auf eine Umwälzung der europäischen Sicherheitsordnung und bedroht unmittelbar Deutschlands Sicherheit und die seiner Verbündeten. Die Klimakrise ist ohne Zweifel die größte langfristige Herausforderung für künftige Sicherheitspolitik. Sie trifft weltweit besonders arme Regionen am stärksten, befeuert dort gewaltsame Konflikte und treibt Menschen in die Flucht. Auch hierzulande sind die Auswirkungen spürbar, da Extremwetterereignisse immer häufiger großen Schaden anrichten.

Die Lösung globaler Probleme wird jedoch durch die zunehmende Multipolarität und wachsende Rivalität des internationalen Systems erschwert. Moskau und Peking vertreten immer aggressiver ihre Ordnungsvorstellungen, die auf die Logik von Einflussphären setzen und die unserem Ideal einer starken regelbasierten Ordnung auf Basis der Charta der Vereinten Nationen widersprechen.

Im Sinne eines integrierten Ansatzes wird die Bundesregierung um die Jahreswende eine Nationale Sicherheitsstrategie veröffentlichen. Verteidigungspolitisch sollten wir damit die Bundeswehr noch konsequenter auf die Kernaufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung ausrichten und dafür eine verlässliche Finanzierung ihres Personals und ihrer Ausstattung sicherstellen. Das bereits beschlossene Sondervermögen für die Bundeswehr

und die Reformen im Beschaffungswesen sind hierfür wesentliche Schritte. Deutschland wird weiter gefordert sein, sich bei der Bewältigung von Konflikten in seiner Nachbarschaft zu engagieren, denn der Krieg gegen die Ukraine zeigt, wie sehr wir auf Stabilität in unserer Nachbarschaft angewiesen sind. In unserem zivilen wie militärischen Krisenengagement gilt besonders, dass wir unsere Instrumente noch besser verzahnen müssen, um unserem Anspruch, präventiv zu handeln, gerecht zu werden.

Sicherheitspolitik nach der Zeitwende muss darauf abzielen, unser internationales Engagement stärker an der Realität des internationalen Systemwettbewerbes auszurichten und Partnerschaften mit jenen Staaten auszubauen, die sich zum Erhalt der regelbasierten internationalen Ordnung bekennen. Dabei wollen wir besonders unsere internationalen Klimapartnerschaften verstärken.

Die Nationale Sicherheitsstrategie wird darstellen müssen, wie wir in Deutschland unsere gesellschaftliche und wirtschaftliche Resilienz erhöhen werden. Wir können uns nach außen nur schützen, wenn wir auch im Innern gefestigt und abwehrfähig sind. Dazu gehört, einseitige Abhängigkeiten unserer Wirtschaft zu verringern und unsere Versorgung mit strategischen Gütern zu diversifizieren. Katastrophenschutz und Krisenmanagement müssen nach den Erfahrungen mit der Corona-Pandemie und Extremwetterereignissen gestärkt und angepasst werden – dies erfordert eine noch engere Abstimmung zwischen Bund und Ländern. Auch unsere Cyberarchitektur muss zunehmenden Angriffen gewachsen sein.

Sicherheitspolitik nach der Zeitenwende muss diese Aspekte analysieren und bearbeiten. Die Bundesregierung nimmt diese Aufgabe an, braucht aber für den Erfolg alle relevanten Kräfte in Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

2. Was bedeutet die Zeitenwende für unsere Russland-Politik?

Mit seiner Entscheidung, einen völkerrechtswidrigen, durch nichts zu rechtfertigenden Angriffskrieg gegen die Ukraine zu beginnen, hat Wladimir Putin alle Brücken zwischen Russland und der Europäischen Union (EU) sowie zwischen Russland und Deutschland mutwillig eingerissen. Unsere Reaktion war klar und unmissverständlich: Wir haben in der EU gemeinsam umfassende, zielgerichtete Sanktionen verhängt, haben in Abstimmung mit unseren Partnern zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diplomatischer Vertretungen Russlands ausgewiesen, die gegen unsere Interessen gehandelt und unsere innere Sicherheit gefährdet haben, und wir haben so gut wie jegliche Kooperation im politischen,

wirtschaftlichen und kulturellen Bereich abgebrochen oder ausgesetzt. Ein Zurück zu einer Zusammenarbeit, wie wir sie über die letzten, oft auch schwierigen Jahre aufrechterhalten haben, kann und wird es nicht geben. Vielmehr müssen wir uns auf eine lange Konfrontation mit einem Russland einstellen, das eine antiwestliche Agenda verfolgt. Diese Wahl hat Putin getroffen.

Wir sind uns mit unseren Partnern – in der EU, den G7 und weit darüber hinaus – einig, dass wir einem neo-imperialen Russland, das zu fast jeder Eskalation bereit scheint, eine Politik der klaren Prinzipien entgegenzusetzen wollen. Unsere Einheit ist dabei unsere besondere Stärke. Gemeinsam haben wir es vermocht, in der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine starke Zahl an Unterstützern für eine Resolution zu gewinnen, die die illegalen Annexionen ukrainischer Territorien vom 30. September 2022 verurteilt. Dass neben Russland selbst nur Syrien, Belarus, Nordkorea und Nicaragua dagegen gestimmt haben, zeigt, wie isoliert Russland auf der Weltbühne ist. Die verabschiedete Resolution ist auch deshalb ein wichtiger Text, weil darin die Rechtsüberzeugung der Völkergemeinschaft zu den illegalen Annexionen klar zum Ausdruck kommt und damit auch der völkerrechtliche Ausgangspunkt für eine friedliche Lösung dauerhaft definiert wird.

Wir hatten im Vorfeld weltweit intensiv für die Resolution geworben, und dabei betont, dass es um nicht weniger als die Charta der Vereinten Nationen mit ihren grundlegendsten Prinzipien geht. Wir wollen weiter um unentschlossene Staaten werben. Wir werden hier weltweit weiter im Gespräch bleiben und dabei verdeutlichen, dass alle Staaten ein Interesse an der Verteidigung der VN-Charta haben, die von Russland anhaltend und schwerwiegend verletzt wird. Und wir werden weiter gemeinsam Lösungen für die weltweiten Auswirkungen dieses Kriegs suchen und russischer Desinformation entgegentreten müssen.

Für unsere Russlandpolitik gilt: Wir müssen uns auch strategisch auf ein revisionistisches und konfrontatives Russland einstellen.

Dazu gehört erstens, dass wir dem russischen Angriffskrieg dauerhaft entgegentreten und die Ukraine unterstützen solange wie nötig. Es muss ganz deutlich werden: Wer so massiv Regeln bricht, der muss seine weltweite Isolierung spüren, für den darf es in keinem internationalen Forum „business as usual“ geben. Wir werden den Sanktionsdruck auf Russland aufrechterhalten, damit deutlich wird, dass aggressiver Revisionismus und Regelbruch Konsequenzen haben. Unsere Sanktionen gegen Russland zeigen Wirkung. Sie beschneiden nicht nur Moskaus wirtschaftliche, sondern vor allem auch seine militärischen Fähigkeiten. So hat Russland zunehmend Schwierigkeiten, an Technologie-Produkte zu gelangen. Die Wir-

kung der Sanktionen wird mit weiterem Zeitablauf weiter zunehmen. Die wirtschaftliche Basis Russlands wird auf Jahre geschwächt – durch fehlende internationale Finanzierung, Technologien, Know-how und mangelnde Anbindung an internationale Märkte.

Zweitens erhöhen wir unsere Resilienz gegenüber Angriffen von außen. Wir investieren in moderne Technologie und Ausrüstung, verzahnen unsere europäischen Verteidigungsindustrien besser und stärken den europäischen Pfeiler der NATO. Wir machen auch unsere Gesellschaft auf allen Ebenen widerstandsfähiger gegen hybride Angriffe. Präsident Putin hat es auf unseren gesellschaftlichen Frieden abgesehen. Dagegen braucht es eng zusammenarbeitende Geheimdienste und eine schlagkräftige Cyberabwehr – in Deutschland wie in Abstimmung mit unseren Verbündeten.

Russland setzt Energie gezielt als geopolitische Waffe ein. Mit seinen Lieferverknappungen beim Erdgas verfolgt es offensichtlich eine doppelte Absicht. Erstens soll eine ausreichende Befüllung der EU-Speicherkapazitäten verhindert sowie Knappheit und hohe Preise erzeugt werden. Zweitens versucht Russland, die EU mit Blick auf Sanktionen zu spalten. Deshalb arbeiten wir daran, so schnell wie möglich wegzukommen von russischem Gas und fossiler Energie insgesamt. Es ist wichtig, dass wir unsere Importabhängigkeit von russischem Gas von 55 Prozent im Jahr 2021 deutlich senken konnten und weiter senken. Ziel ist der gemeinsame europäische Ausstieg aus russischen Energieimporten. Dafür sind EU-weites Krisenmanagement und Solidaritätsmechanismen unabdingbar. Wir sind dabei, bilaterale Solidaritätsvereinbarungen für schwere Gasknappheitssituationen mit unseren Nachbarn zu unterzeichnen – den Anfang haben wir bereits mit Dänemark und Österreich gemacht.

Auch die EU-Ebene spielt hier eine wichtige Rolle. So unterstützen wir das *REPowerEU*-Paket der EU-Kommission zur Reduzierung des Gasverbrauchs, das zudem die Erreichung der Klimaschutzziele gewährleisten und Auswirkungen hoher Preise adressieren soll. Jeder Euro für Solarparks, Windkraftanlagen und grüne Wasserstoffelektrolyseure ist eine Investition nicht nur in unsere, sondern auch in die globale Sicherheit.

Drittens müssen wir noch gezielter in unsere Partnerschaften mit Drittländern investieren. Wir sollten genauer zuhören, um deren Sorgen und Bedürfnisse besser zu verstehen. Dafür müssen wir auch unsere Nachbarschaftspolitik im Osten strategischer denken. Es ist gut, dass die Ukraine und die Republik Moldau EU-Beitrittskandidaten sind. Auch den Menschen auf dem Westbalkan müssen wir eine glaubwürdige europäische Perspektive geben, ohne falsche Erwartungen zu wecken. Aber auch außerhalb Europas versucht Russland, seinen Einfluss auszudehnen. Mit seiner monatelangen Blockade der ukrainischen Schwarzmeerhäfen nahm Russ-

land billigend in Kauf, dass die Ernährungskrise sich in vielen Ländern weiter zugespitzt hat, mit Folgen auch für politische Stabilität und Extremismus. Auch nach Abschluss des Istanbuler Abkommens im Juli 2022 streut Russland Falschmeldungen zu vermeintlichen westlichen Sanktionen gegen Nahrungsmittel und stellt immer wieder die Verlängerung des Abkommens in Frage. Zusammen mit unseren Partnern in EU und G7 bemühen wir uns, Russlands Desinformation noch klarer und vernehmbarer zu entlarven, und werden gleichzeitig unser umfangreiches Engagement für Ernährungssicherheit, u. a. in den Ländern Afrikas, fortsetzen. Anders als Russland bieten wir verlässliche Partnerschaften und faire Investitionen.

Viertens wollen wir aber auch die russische Zivilgesellschaft stärker unterstützen. Wir wollen Kanäle fördern, über die sich die Menschen in Russland mit objektiven Informationen versorgen können. Wir vernetzen die russische Diaspora und fördern unabhängige NGOs. Wir erteilen gezielt Stipendien und Arbeitserlaubnisse und unterstützen russischsprachige Journalistinnen und Journalisten dabei, frei über Russland zu berichten. Die Visa-Erteilung ist dabei ein wichtiges Instrument. Wir wollen keinen Anschein von Normalität und sorglosem Tourismus in Zeiten eines brutalen Angriffskriegs; deshalb haben wir in der EU das Visumserleichterungsabkommen mit Russland ausgesetzt. Aber wir tragen auch Sorge, dass regierungskritischen Russinnen und Russen und politisch Verfolgten weiterhin die Möglichkeit einer Reise nach Deutschland offensteht, und vor dem Militärdienst fliehende Russinnen und Russen möglichst unbürokratisch in den Nachbarländern Visaanträge stellen können.

3. Was bedeutet die Zeitenwende für unsere Ukraine-Politik?

Deutschland unterstützt die Ukraine politisch, finanziell, mit humanitärer Hilfe und auch durch Waffenlieferungen. Wir tun das seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs am 24. Februar 2022 und werden das weiter tun – bis die Ukraine diesen Krieg gewonnen hat. Die letzten Tage und Wochen haben gezeigt, wie wichtig insbesondere unsere Waffenlieferungen – gerade auch die Lieferung schwerer Waffen – für die ukrainische Verteidigung und die Rückeroberung der von russischen Truppen besetzten Gebiete der Ukraine sind. Diese Waffenlieferungen wollen wir fortsetzen. Insofern ist es wichtig, dass die EU bis November 2022 über die *Europäische Friedensfazilität* über 3 Mrd. Euro für militärische Unterstützung der

Ukraine zur Verfügung gestellt hat.² Die Luftangriffe der russischen Streitkräfte auf ukrainische Städte und zivile Infrastruktur haben zudem nochmals bedrückend deutlich gezeigt, wie wichtig die Stärkung der ukrainischen Luftabwehrfähigkeiten ist. Anfang Oktober hat Deutschland bereits das erste von insgesamt vier geplanten Luftabwehrsystemen IRIS-T an die Ukraine übergeben. Mit den hochmodernen IRIS-T-Systemen wird es in Zukunft hoffentlich noch besser gelingen, ukrainische Städte und die ukrainische Zivilbevölkerung vor den barbarischen russischen Luftangriffen zu schützen.

Die Außenministerinnen und Außenminister der EU haben außerdem eine Ausbildungsmission für die Streitkräfte der Ukraine beschlossen. In deren Rahmen sollen insgesamt 15.000 ukrainische Soldatinnen und Soldaten in Deutschland und anderen EU-Mitgliedstaaten ausgebildet werden. Diese Mission soll einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die bereits laufenden Unterstützungsmaßnahmen zu koordinieren, zu ergänzen und neue Maßnahmen noch gezielter auf den ukrainischen Bedarf auszurichten. Deutschland strebt einen substantiellen Beitrag an, stellt auch eines von zwei Hauptquartieren.

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs hat Deutschland rund 460 Millionen Euro³ für humanitäre Hilfe in der Ukraine und ihren Nachbarländern zur Verfügung gestellt. Damit sind wir der zweitgrößte Geber hinter den USA. Mit den bisherigen Mitteln konnten u. a. Geflüchtete und Binnenvertriebene versorgt, medizinische und psychosoziale Hilfe zur Verfügung gestellt, Lebensmittelpakete verteilt und Wasser- und Sanitäreanlagen gebaut werden. Hinzu kommt, dass wir ukrainische Haushalte mit Heizung und Brennstoffen für den Winter fit machen. Der Energiesektor in der Ukraine ist durch gezielte russische Zerstörung stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Es besteht daher dringender Bedarf an Ersatzteilen und auch direkten Energielieferungen. Mit Beginn der Heizsaison wird die Verfügbarkeit von Kohle- und Gasreserven besonders kritisch.

Wir haben auch das deutsche Engagement im humanitären Minen- und Kampfmittelräumen ausgebaut. Ohne humanitäres Minenräumen wird der Wiederaufbau der Ukraine nach Ende des Kriegs nicht möglich sein. Das Minenräumen ist auch unabdingbare Voraussetzung für Stabilisierung, Rückkehr von Geflüchteten und die Nutzung von Ackerflächen.

2 Stand 18.11.2022: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_699.

3 Stand 18.11.2022.

Auf Einladung des deutschen G7-Vorsitzes und der EU-Kommission hat eine internationale Konferenz am 25. Oktober in Berlin über den Wiederaufbau der Ukraine beraten. An der Konferenz nahmen renommierte Expertinnen und Experten, internationale Organisationen, Think Tanks, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft und des Privatsektors teil. Der Wiederaufbau der Ukraine wird eine internationale Kraftanstrengung erfordern, die schon jetzt eine effektive Abstimmung unter den internationalen Partnern erfordert, insbesondere im G7- und EU-Kreis. Die Konferenz konnte hierzu einen wichtigen Beitrag und fachliche Empfehlungen für das weitere Vorgehen liefern. Im Wiederaufbau liegt die Chance, diesen mit einer Modernisierung von Staat und Wirtschaft zu verknüpfen, einer ökologischen Transformation und nicht zuletzt Reformen, die auch für den EU-Beitrittsprozess wichtig sind.

Auf Empfehlung der EU-Kommission verlieh der Europäische Rat im Juni 2022 der Ukraine den Kandidatenstatus und unterstrich damit, dass die Ukraine ein Teil der europäischen Familie ist. Dieser Schritt bedeutet den Menschen in der Ukraine viel – er bringt sie auch emotional näher an Europa. Nun bedarf es vor allem einer engagierten Umsetzung der vom Europäischen Rat und der EU-Kommission festgelegten Reformschritte. Deutschland wird die Ukraine auf ihrem Weg Richtung Europa weiterhin tatkräftig unterstützen.

4. Fazit

Der russische Präsident führt Krieg gegen die Ukraine, weil sich Kyjiw nach Europa gewendet und die Werte von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit für sich angenommen hat. Damit wurden die Entwicklungen in der Ukraine mit ihrer Strahlkraft in den letzten Jahren eine zunehmende Bedrohung für den Erhalt des autoritären System Putins. Der Kreml hat mit dem Angriffskrieg aber nicht nur die Ukraine getroffen, sondern die gesamte europäische Sicherheitsordnung. Es geht nicht nur um die Freiheit der Ukraine, sondern um die Werte ganz Europas. Für diese Werte kämpft die Ukraine derzeit. Dafür braucht sie unsere volle Unterstützung – darauf kann sich die Ukraine verlassen.